

31. Januar 2017

PRESSEMITTEILUNG

Arbeitgeber fordern Milliarden Steuermittel für die Pflege

Alte Menschen müssen uns mindestens so viel wert sein, wie die von Berlin gewollte Digitalisierungsoffensive in Milliardenhöhe. Der Arbeitgeberverband Pflege fordert deshalb einen Pflegebeauftragten direkt im Kanzleramt und eine Verdoppelung der Ausgaben bei der Altenpflege – mit Steuermitteln. Macht endlich Schluss mit der Flickschusterei in der Altenpflege.

Landauf, landab fordern Politiker aller Parteien eine deutlich bessere personelle Ausstattung in der Altenpflege und eine höhere Bezahlung der Pflegekräfte. Vor allem aus Sicht der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen ist dies mehr als verständlich. Weil für sie nicht nachvollziehbar ist, warum die Personalschlüssel, also die Zahl der Pflegekräfte in Relation zu den Pflegebedürftigen etwa in den Heimen in Baden-Württemberg oder Bayern so viel besser sind, als in Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern. Deutlich höhere Löhne und mehr Personal kosten Geld, viel Geld. Dazu Friedhelm Fiedler, Vizepräsident des Arbeitgeberverbandes: „Kaum ein Politiker sagt, woher das Geld kommen soll. Man versteckt sich im Ungefährn, nennt nicht Ross und Reiter, anstatt mutig die Karten auf den Tisch zu legen. Denn so wie das Finanzierungssystem der Altenpflege heute aufgebaut ist, kämen happige dreistellige Preiserhöhungen pro Monat auf die Bewohner in Altenpflegeeinrichtungen zu. Das aber kann niemand ernsthaft wollen. Es stellt sich hier somit glasklar die Systemfrage. Der Teilschutz, den die Pflegeversicherung heute bietet, ist in dieser Form auch angesichts der wachsenden Zahl Pflegebedürftiger nicht länger ausreichend.“

Mit Nachdruck fordert der Arbeitgeberverband Pflege deshalb, dass zügig Steuergelder in Milliardenhöhe fließen müssen, um die Mehrkosten fürs Personal - Lohnsteigerungen und mehr Pflegekräfte - abzufedern. Fiedler weiter: „Für alles haben wir Geld: Höhere Rüstungsausgaben, Bankenrettung und und und. Jetzt muss endlich Schluss sein mit den politischen Nebelkerzen und der permanenten Flickschusterei in der Pflege. Die Prioritäten müssen endlich konsequent neu gesetzt werden bei diesem Kernthema deutscher Politik - pro ältere und pflegebedürftige Menschen in unserem so reichen Land. Die Zahl wächst, die Zeit drängt.“

Für Presseanfragen kontaktieren Sie bitte:

Friedhelm Fiedler

Sprecher des Verbandes und Vizepräsident Arbeitgeberverband Pflege

Pressebüro Arbeitgeberverband Pflege (AGVP)

Telefon: +49 (0)30 67 80 63 710

presse@arbeitgeberverband-pflege.de

www.arbeitgeberverband-pflege.de



Der Arbeitgeberverband Pflege (AGVP) ist seit 2009 die politische, wirtschaftliche und tarifliche Interessenvertretung der namhaftesten und umsatzstärksten Unternehmensgruppen der deutschen Pflegewirtschaft. Er tritt für die Geschlossenheit der Branche ein und kooperiert mit den wesentlichen Vertretern der Sozialwirtschaft und branchennahen Unternehmen. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbands Pflege setzen sich gemeinschaftlich für eine zukunftsfähige Gestaltung der Altenpflege und für neue Wege bei der Gewinnung von Fach- und Führungskräften ein. Der gemeinsame Umsatz liegt bei rund zwei Milliarden Euro. Der Arbeitgeberverband Pflege ist berufenes Mitglied in der Pflege-Mindestlohn-Kommission des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und Mitglied der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA).